

Schulterschluss der IT-Dienstleister

[01.12.2025] Der baden-württembergische IT-Dienstleister Komm.ONE setzt strategisch auf Vernetzung und Kooperation. Ob im Bereich Verkehrswesen, bei der Registermodernisierung oder bei den Ausländerbehörden – die großen Digitalisierungsvorhaben der kommenden Jahre sollen länderübergreifend und mit gebündelter Expertise umgesetzt werden.

Die zunehmende Komplexität der Digitalisierung, der Fachkräftemangel sowie die Notwendigkeit, Kosten zu teilen und Skaleneffekte zu erzielen, zwingen kommunale IT-Dienstleister in Deutschland zu neuen Formen der Zusammenarbeit. Darauf machte der baden-württembergische IT-Dienstleister [Komm.ONE](#) bei einer Pressekonferenz im Rahmen der Verbandsversammlung des Trägervereins 4IT in Böblingen aufmerksam ([wir berichteten](#)). Der kürzlich ernannte Komm.ONE-Vorstand Jörg Eberle ([wir berichteten](#)) und Bernd Krakau, Mitglied der Geschäftsleitung, betonten, dass zentrale Digitalisierungsvorhaben nur im Schulterschluss mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern gelingen können – insbesondere in komplexen Bereichen wie dem Kfz-Wesen, der Registermodernisierung oder den Ausländer- und Einbürgerungsverfahren.

Kooperationen sind unverzichtbar

Zunächst skizzierte Eberle den allgemeinen Kurs: Komm.ONE wolle sich als zentraler Servicebroker für die Kommunen positionieren, könne aber nicht alle Lösungen selbst entwickeln. Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Anbietern ebenso wie mit öffentlichen Rechenzentren seien deshalb unverzichtbar. Ein besonders weitreichendes Beispiel ist das Kfz-Wesen: Hier will Komm.ONE gemeinsam mit mehreren großen IT-Dienstleistern – darunter die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern ([AKDB](#)), [ekom21](#), [KDO](#), [regio iT](#) und [Telecomputer](#) – eine neue Verkehrsgesellschaft aufbauen ([wir berichteten](#)). Diese soll spätestens Anfang 2027 eine gemeinsame fachliche und technische Grundlage schaffen, anstatt wie bisher parallele Portale und Fachverfahren zu betreiben.

Einheitliches Kfz-Fachverfahren für Deutschland

Eberle begründete den Schritt damit, dass angesichts steigender Sicherheits- und Rechtsanforderungen ein Alleingang nicht mehr sinnvoll sei. Mehrere kommunale IT-Dienstleister hätten sich bereits dem Marktführer Telecomputer angeschlossen. Daher wolle man nun die Kräfte bündeln und gegenüber dem Bund mit einem gemeinsamen Fachverfahren sowie einem zentralen Portal auftreten. Auch aus bundespolitischer Sicht sei dies sinnvoll, wie Bernd Krakau ergänzte. Es brauche perspektivisch ein einheitliches Kfz-Fachverfahren, anstatt dass jedes Land eigene Strukturen pflege.

Ein weiteres zentrales Projekt ist die Registermodernisierung. In diesem Zusammenhang trat Komm.ONE gemeinsam mit der AKDB in einem Wettbewerb des Bundes an. Eberle betonte, dass eine alleinige Teilnahme aufgrund der Anforderungen nicht realistisch gewesen wäre. Die Kooperation habe sich als „echter Prototyp“ erwiesen, der zeige, wie Zusammenarbeit zwischen großen Rechenzentren in der Praxis funktioniere. Beide Seiten hätten ihre spezifischen Stärken eingebracht und seien nun auf der Zielgeraden. Die Ergebnisse sollen demnächst in Berlin präsentiert werden.

Komm.ONE-Fachverfahren für Bayern

Auch im Bereich des Ausländer- und Einbürgerungswesens setzt Komm.ONE auf Zusammenarbeit. Wie Krakau erläuterte, ist Komm.ONE in Baden-Württemberg und Hessen bereits fest etabliert. Seit Herbst verfolgt das Unternehmen eine Kooperation mit der AKDB, um die Lösungen KM-Ausländer und KM-Einbürgerung auch nach Bayern zu bringen und gemeinsam weiterzuentwickeln ([wir berichteten](#)).

Dies sei notwendig, da die Weiterentwicklung – insbesondere der geplante Einsatz Künstlicher Intelligenz – bedeutende Ressourcen erfordert. KI-Module sollen künftig für eine spürbare Entlastung in den Ämtern sorgen, indem sie Verfahrenswege verkürzen und Personalengpässe ausgleichen. In Bayern sollen zudem bestehende Altsysteme zügig abgelöst werden, sodass eine schnelle Weiterentwicklung der gemeinsamen Fachverfahren erwartet wird.

Verantwortung nicht föderal zersplittern

Mit Blick auf Sicherheit und Betrieb betonten beide Sprecher, dass Komm.ONE seine umfassende Expertise in die Zusammenarbeit einbringen werde. Angesichts der großen Sicherheitsanforderungen – mit Verweis auf jüngste Ausfälle in anderen Regionen – sei es entscheidend, die Verantwortung nicht föderal zu zersplittern, sondern ganzheitlich über die Bereiche Entwicklung, Betrieb, Support und IT-Security hinweg zu denken. Darüber hinaus wies Eberle auf die Aktivitäten der Genossenschaft [GovDigital](#) hin, in der öffentliche IT-Dienstleister Produkte und Services gegenseitig bereitstellen können. Diese Plattform ermögliche nicht nur den fachlichen Austausch, sondern erleichtere auch die vergaberechtskonforme Beschaffung fertiger Lösungen.

()

Stichwörter: Unternehmen, Komm.ONE, AKDB, ekom21, KDO, Kooperationen, regio iT, Telecomputer